

Prüfungsbericht

Jahresrechnung zum 31. Dezember 2024

Bundesverband E-Commerce und
Versandhandel Deutschland e.V. (bevh)
Berlin

Forvis Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

135439

Die vorliegende PDF-Datei haben wir im Auftrag unseres Mandanten erstellt.

Wir weisen darauf hin, dass maßgeblich für unsere Berichterstattung ausschließlich unser Bericht in der unterzeichneten Originalfassung ist.

Da nur der gebundene und von uns unterzeichnete Bericht das berufsrechtlich verbindliche Ergebnis unserer Tätigkeit darstellt, können wir für die inhaltliche Richtigkeit und Vollständigkeit dieser in Dateiform überlassenen Berichtsversion keine Haftung übernehmen.

Hinsichtlich der Weitergabe an Dritte weisen wir darauf hin, dass sich dieser Bericht ausschließlich an den Auftraggeber und seine Organe richtet. Unsere Verantwortlichkeit - auch gegenüber Dritten - bemisst sich alleine nach den mit dem Mandanten geschlossenen Auftragsbedingungen.

INHALTSVERZEICHNIS

A.	PRÜFUNGSauftrag	1
B.	WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS	2
C.	GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN	5
I.	Jahresergebnis	5
II.	Beteiligungen an verbundenen Unternehmen	6
D.	GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG	7
E.	FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG	10
I.	Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	10
1.	Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	10
2.	Jahresrechnung	10
II.	Gesamtaussage der Jahresrechnung	10
1.	Feststellungen zur Gesamtaussage der Jahresrechnung	10
2.	Bewertungsgrundlagen	11
F.	SONSTIGE AUFGLIEDERUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR JAHRESRECHNUNG	13
I.	Vermögenslage	13
II.	Finanzlage	17
III.	Ertragslage	18
G.	SCHLUSSBEMERKUNG	21

In Tabellen können Rundungsdifferenzen zu den mathematisch exakt berechneten Werten auftreten.

ANLAGENVERZEICHNIS

1. Bilanz zum 31. Dezember 2024
 2. Gewinn- und Verlustrechnung für 2024
 3. Entwicklung des Anlagevermögens zum
31. Dezember 2024 (Anlagenspiegel)
 4. Rechtliche, steuerliche und wirtschaftliche Verhältnisse
- Allgemeine Auftragsbedingungen

An den Bundesverband E-Commerce und Versandhandel Deutschland e.V. (bevh), Berlin:

A. PRÜFUNGSauftrag

Durch die Geschäftsführung des

Bundesverband E-Commerce und Versandhandel Deutschland e.V. (bevh)
Berlin
(im Folgenden auch „bevh“ oder „Bundesverband“ genannt)

wurden wir mit der Prüfung der Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2024 endende Geschäftsjahr beauftragt.

Die Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft wurde mit Wirkung zum 1. Juni 2024 in Forvis Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft umfirmiert. Die rechtliche Identität wurde durch die Umfirmierung nicht berührt.

Der bevh ist als rechtsfähiger Verein nicht prüfungspflichtig gemäß § 316 HGB. In Ausführung des uns von der Geschäftsführung erteilten Auftrags haben wir die Jahresrechnung zum 31. Dezember 2024 unter Einbeziehung der Buchführung in analoger Anwendung von § 317 HGB und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen geprüft.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Der vorliegende Prüfungsbericht wurde von uns in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n. F. (10.2021)) sowie IDW PS 750 „Prüfung von Vereinen“ erstellt.

Für die Durchführung unseres Auftrags und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht als Anlagen beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften nach dem Stand vom 1. Januar 2024 maßgebend. Danach ist unsere Haftung nach Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen begrenzt. Im Verhältnis zu Dritten gelten Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen.

B. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk haben wir wie folgt erteilt:

„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An den Bundesverband E-Commerce und Versandhandel Deutschland e.V. (bevh), Berlin

Prüfungsurteil

Wir haben die Jahresrechnung des Bundesverband E-Commerce und Versandhandel Deutschland e.V. (bevh), Berlin, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 sowie der Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2024 – geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht die beigelegte Jahresrechnung in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit der Jahresrechnung geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Jahresrechnung“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Verein unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zur Jahresrechnung zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Jahresrechnung

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung der Jahresrechnung, die den deutschen, für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung einer Jahresrechnung zu ermöglichen, die frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung der Jahresrechnung sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Verbandstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Verbandstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Verbandstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Jahresrechnung

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Jahresrechnung als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zur Jahresrechnung beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieser Jahresrechnung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen in der Jahresrechnung aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Verbandstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Verbandstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben in der Jahresrechnung aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Verein seine Verbandstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

C. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

Aus der Jahresrechnung und den sonstigen geprüften Unterlagen heben wir folgende Aspekte hervor, die für die Beurteilung der Rechnungslegung des Bundesverbands von besonderer Bedeutung sind:

I. Jahresergebnis

Die Jahresrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 25 (Vorjahr: Jahresüberschuss T€ 304).

Im Vorjahresvergleich sind insbesondere die folgenden ergebnisbeeinflussenden Sachverhalte hervorzuheben:

Die bereits im Jahr 2022 eingesetzte Entwicklung stagnierender und bisweilen rückläufiger Umsätze setzte sich auch im Jahr 2024 fort. Die sich im Jahr 2024 ausgeprägte fortsetzende Welle an Insolvenzen im Handel machte auch vor dem E-Commerce nicht halt und spiegelt sich in der Mitgliederstatistik wider.

Die Mitgliedsbeiträge waren im Jahr 2024 um T€ 157 niedriger als im Vorjahr. Die vom Bruttoumsatz abhängige Beitragsberechnung des Verbandes unterstrich die konjunkturellen Entwicklungen des Handels. Dennoch kann festgehalten werden, dass der Beitragskoeffizient eine solide Basis für die Beitragsermittlung bildet. Eine Anpassung des Beitragskoeffizienten aufgrund gestiegener Kosten wurde zunächst verworfen und auf kommende Geschäftsjahre verlagert.

Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2023 konnten im Jahr 2024 neue Studienprojekte begonnen, jedoch noch nicht beendet werden. Somit sind damit generierte Erlöse noch nicht ergebniswirksam. Demgegenüber steht eine Bestandserhöhung der unfertigen Leistungen in Höhe von T€ 100 (im Vorjahr Bestandsminderung T€ 138).

Die Forderungsverluste aus Mitgliedsbeiträgen haben sich im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr halbiert. Im Geschäftsjahr 2024 ist jedoch die Zahl der insolventen E-Commerce-Unternehmen gestiegen.

Erstmalig im Jahr 2022 untervermietete Büroflächen an Mitglieder und Kooperationspartner sind weiterhin in Fremdnutzung und tragen somit zu Kostensenkung und Verbesserung des Jahresergebnisses bei. Diesbezüglich fortgesetzte Bestrebungen, Büroräume an Mitgliedsunternehmen unterzuvermieten, führten im Jahr 2024 zu weiterem Erfolg.

Im Jahr 2024 konnten durch Termingeldanlagen aus laufender Liquidität noch einmal um T€ 25 höhere Zinseinnahmen generiert werden.

Die im Jahr 2023 in Betrieb genommene neue Webseite wurde im Jahr 2024 in vorhandenen Features verbessert und somit die Nutzungsmöglichkeiten für die Mitarbeitenden in den Mitgliedsunternehmen erweitert.

Neben dem IT-Projekt Webseite im Zusammenhang mit der weiteren Nutzungsanbindung zu CAS wurde die interne Struktur des Verbandes in die Cloud umgezogen. Dies führte zu erhöhten Kosten im Bereich Wartung Hard- und Software, senkte aber gleichermaßen die Aufwendungen für den IT-Dienstleister der stationären IT-Server-Struktur.

II. Beteiligungen an verbundenen Unternehmen

Als Anteile an verbundenen Unternehmen sind die Anteile an der AZD Alternative Zustelldienste GmbH (AZD), Berlin, ausgewiesen. Der bevh ist Alleingesellschafter der Gesellschaft.

Die AZD weist im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 einen Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von T€ 118 (Vorjahr: T€ 290) aus. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2023 betrug T€ 172 (Vorjahr: Jahresüberschuss T€ 190).

Vor dem Hintergrund der anhaltenden bilanziellen Überschuldung der AZD erfolgte in Vorjahren eine Abwertung der vom bevh gehaltenen Anteile an der AZD um T€ 52 auf einen Erinnerungswert in Höhe von € 1,00. Aus der Gewährung eines Darlehens hat der Bundesverband eine Forderung gegen die AZD in Höhe von T€ 1.035. In Bezug auf diese Forderung hat der bevh einen Rangrücktritt erklärt. Die Forderung wurde in Vorjahren vollumfänglich wertberichtet.

Im Berichtsjahr hat die AZD an den bevh eine Teilrückzahlung des wertberichtigten Darlehens in Höhe von T€ 44 geleistet. Diese Einnahme ist als periodenfremder Ertrag in 2024 erfasst.

D. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

Gegenstand der Prüfung

Gegenstand unserer Prüfung war die analog zu den deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellte Jahresrechnung unter Einbeziehung der Buchführung des Bundesverbands.

Ergänzend wurden wir damit beauftragt, in diesen Prüfungsbericht eine betriebswirtschaftliche Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Bundesverbands aufzunehmen. Diese Analyse haben wir in Abschnitt F. dieses Berichts dargestellt.

Die Jahresrechnung ist in Anlehnung an die Vorschriften der §§ 242 bis 256a und der §§ 264 bis 288 HGB aufgestellt worden. Der Ausweis des Eigenkapitals weicht von den Bestimmungen des § 266 Abs. 3 HGB ab. Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde abweichend von der Gliederungsvorschrift des § 275 Abs. 2 HGB um den Posten Mitgliederbeiträge erweitert.

Abgrenzung der Verantwortlichkeiten

Wir weisen darauf hin, dass der Vorstand des Bundesverbands die Verantwortung für die Buchführung und die Aufstellung der Jahresrechnung sowie die dazu eingerichteten internen Kontrollen und die dem Abschlussprüfer gemachten Angaben trägt.

Bei der Aufstellung der Jahresrechnung sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Bundesverbands zur Fortführung der Verbandstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Verbandstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Verbandstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Unsere Aufgabe ist es, auf Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über die Jahresrechnung unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben der Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf die Jahresrechnung ergeben.

Prüfungsumfang

Unsere Prüfung erfolgte in analoger Anwendung von § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass falsche Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, die sich auf die Darstellung des durch die Jahresrechnung unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger

Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Gegenstand unseres Auftrags waren weder die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z.B. Unterschlagungen oder sonstige Untreuehandlungen, noch außerhalb der Rechnungslegung begangene Ordnungswidrigkeiten. Gemäß § 317 Abs. 4a HGB hat sich eine Abschlussprüfung auch nicht darauf zu erstrecken, ob die Fähigkeit des Bundesverbands zur Fortführung der Verbandstätigkeit oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung haben wir jedoch so angelegt, dass diejenigen Unregelmäßigkeiten, die für die Rechnungslegung wesentlich sind, mit hinreichender Sicherheit aufgedeckt werden. Die gesetzlichen Vertreter des Bundesverbands sind für die Einrichtung und Durchsetzung geeigneter Maßnahmen zur Verhinderung bzw. Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten verantwortlich.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung und des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresrechnung.

Ausgangspunkt der Prüfung

Ausgangspunkt war die von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Vorjahresrechnung zum 31. Dezember 2023.

Risikoorientierter Prüfungsansatz

Auf Basis der von uns festgestellten und beurteilten Fehlerrisiken haben wir ein Risikoprofil für die Angaben in der Rechnungslegung erstellt. Zu diesem Zweck haben wir Prüfungshandlungen zur Risikobeurteilung durchgeführt und uns zunächst ein Verständnis vom Bundesverband sowie seinem wirtschaftlichen und rechtlichen Umfeld verschafft und darauf aufbauend mit den Vereinszielen und -strategien sowie deren Umsetzung beschäftigt, um die Geschäftsrisiken zu bestimmen, die zu wesentlichen Fehlern in der Rechnungslegung führen können. Ausgehend von Gesprächen mit der Vereinsleitung und der Einsichtnahme in Organisationsunterlagen des Bundesverbands haben wir uns darüber hinaus nach pflichtgemäßem Ermessen von der Ausgestaltung der internen Kontrollen ein Verständnis verschafft und beurteilt, welche Maßnahmen der Bundesverband, insbesondere zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung, ergriffen hat, um diese Geschäftsrisiken zu bewältigen, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen des Bundesverbands abzugeben.

Auf Grundlage der Risikobeurteilung wurden daraufhin einzelne Prüffelder identifiziert und ein entsprechendes Prüfungsprogramm entwickelt. In diesem Prüfungsprogramm wurden die Schwerpunkte der Prüfung und für jedes Prüffeld die Prüfungsziele sowie die Art und der Umfang der Prüfungshandlungen festgelegt. Zudem wurden auch die zeitliche Abfolge der Prüfung und der Mitarbeitereinsatz geplant.

Prüfungsschwerpunkte

Dabei wurden im Berichtsjahr folgende Prüfungsschwerpunkte festgelegt:

- Bewertung der Finanzanlagen
- Bewertung der Forderungen und Sonstigen Vermögensgegenstände
- Ansatz, Ausweis und Bewertung der Rückstellungen für Pensionen
- Periodengerechte Abgrenzung der Erlöse aus den Mitgliedsbeiträgen

Vorgenommene Prüfungshandlungen

Wegen der überschaubaren Größe des Bundesverbands und der geringen Komplexität der Organisationsstrukturen und internen Kontrollen haben wir im Wesentlichen aussagebezogene Prüfungshandlungen (analytische Prüfungen und Einzelfallprüfungen) durchgeführt. Diese umfassten insbesondere folgende Maßnahmen:

- Einholen von Steuerberaterbestätigung

Der Bestand und der Kurswert der unter den Wertpapieren des Anlagevermögens ausgewiesenen Unternehmensanleihen wurden anhand eines Depotauszugs der Commerzbank AG, Frankfurt am Main, zum 31. Dezember 2024 nachgewiesen.

Verwertung Ergebnisse Dritter

Bei der Prüfung der versicherungsmathematischen Berechnung der Pensionsverpflichtungen haben wir unser Urteil auf ein Gutachten der Otto GmbH & Co. KG, Hamburg, vom 30. Dezember 2024 gestützt. Wir haben uns von der Qualifikation und Unabhängigkeit des versicherungsmathematischen Sachverständigen überzeugt und die Bewertung der Pensionsverpflichtungen durch Plausibilitätskontrollen geprüft. Nach unserer Auffassung ist die Vorgehensweise im Rahmen des Gutachtens sachgerecht und schlüssig.

Zeitlicher Ablauf und Vollständigkeitserklärung

Wir haben die Prüfung – im Einklang mit unserer zeitlichen Planung – in den Monaten März und April 2025 durchgeführt.

Die Geschäftsführung hat uns alle verlangten Aufklärungen und Nachweise erbracht.

Die gesetzlichen Vertreter des Bundesverbands haben uns in ihrer abgegebenen Vollständigkeitserklärung schriftlich versichert, dass die erteilten Aufklärungen und Nachweise vollständig sind. Ferner haben sie erklärt, dass alle Geschäftsvorfälle erfasst und in der Jahresrechnung wiedergegeben worden sind.

E. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Unsere Prüfung ergab die formelle und materielle Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und den übrigen gesetzlichen Vorschriften.

Die Bücher des Bundesverbands sind ordnungsgemäß geführt. Die Belegfunktion ist erfüllt. Die Buchführung und die zugehörigen Unterlagen entsprechen nach unseren Feststellungen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften. Die den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen sind in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß in der Buchführung und in der Jahresrechnung abgebildet.

Die Organisation der Buchführung, die rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollen, der Datenfluss und das Belegwesen sind grundsätzlich geeignet, die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle zu gewährleisten.

2. Jahresrechnung

Die von uns geprüfte Jahresrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 ist in allen wesentlichen Belangen ordnungsmäßig aus den Büchern und den zugehörigen Unterlagen des Bundesverbands entwickelt worden. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind in allen wesentlichen Belangen in analoger Anwendung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften über die Rechnungslegung von Kapitalgesellschaften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufgestellt.

Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus der Vorjahresrechnung übernommen. Die gesetzlichen Vorschriften zu Ansatz, Ausweis und Bewertung sind in allen wesentlichen Belangen beachtet worden.

II. Gesamtaussage der Jahresrechnung

1. Feststellungen zur Gesamtaussage der Jahresrechnung

Nach unserer pflichtgemäß durchgeführten Prüfung entspricht die Jahresrechnung den gesetzlichen Vorschriften. Da der Bundesverband nicht zur Erstellung eines Anhangs verpflichtet ist und unter anderem keinen Anhang erstellt, erfüllt die Jahresrechnung nicht die Generalnorm nach § 264 Abs. 2 HGB.

2. Bewertungsgrundlagen

Auf die freiwillige Aufstellung eines Anhangs hat der bevh verzichtet.

In der Jahresrechnung wurden nachfolgende wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze angewandt:

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schuldposten erfolgte analog zu den handelsrechtlichen Vorschriften.

Entgeltlich erworbene Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten bewertet und linear abgeschrieben. Zugänge des Anlagevermögens werden im Jahr der Anschaffung zeitanteilig abgeschrieben.

Die Bewertung der unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen und der Wertpapiere des Anlagevermögens erfolgt mit Anschaffungskosten, bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert.

Die festverzinslichen Wertpapiere wurden maximal auf den Einlösungsbetrag der Wertpapiere bei Veräußerung (Nennwert) abgewertet.

Die Vorräte (Unfertige Leistungen) wurden unter Beachtung des Niederstwertprinzips zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet.

Sämtliche Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind mit dem ihnen am Bilanzstichtag jeweils beizulegenden Wert bilanziert. Die übrigen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind jeweils mit dem Nennwert ausgewiesen.

Die Bewertung der Rückstellungen für Pensionen erfolgte nach der Methode des „modifizierten Teilwertverfahrens nach Engbroks 1989“ unter Zugrundelegung der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Für die Bewertung wurden ein Rechnungszins von 1,90 % p. a. und ein Rententrend von 2,0 % p. a. zugrunde gelegt.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellung erfolgte gemäß § 253 Abs. 2 S. 1 HGB mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz, der sich aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren ergibt. Bei der Anwendung des durchschnittlichen Marktzinssatzes, der sich aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren ergibt, wären die Pensionsverpflichtungen mit einem Betrag von € 2.682.516,00 (Unterschiedsbetrag von € -18.069,00) zu bewerten.

Die Sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Bewertung erfolgte mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag.

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag ausgewiesen. Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten sind in der Bilanz als davon-Vermerke angegeben.

Änderungen in den Bewertungsgrundlagen (Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten sowie Ausnutzung von Ermessensspielräumen) oder sachverhaltsgestaltende Maßnahmen mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Bundesverbands haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt.

F. SONSTIGE AUFGLIEDERUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR JAHRESRECHNUNG

I. Vermögenslage

Zur Beurteilung der Vermögenslage und ihrer Veränderung werden die Bilanzen der letzten beiden Geschäftsjahre in verdichteter Form gegenübergestellt:

	31.12.2024		31.12.2023		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
A k t i v a						
Anlagevermögen						
Immaterielle Vermögensgegenstände	80	1,2	143	2,2	-63	-44,1
Sachanlagen	38	0,6	45	0,7	-7	-15,6
Finanzanlagen	3.772	57,0	4.316	67,7	-544	-12,6
	3.890	58,8	4.504	70,7	-614	-13,6
Umlaufvermögen						
Unfertige Leistungen	146	2,2	46	0,7	100	217,4
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	217	3,3	76	1,2	141	185,5
Flüssige Mittel	2.245	33,9	1.610	25,3	635	39,4
Übrige Forderungen (inkl. RAP)	123	1,9	136	2,1	-13	-9,6
	2.731	41,2	1.868	29,3	863	46,2
	6.621	100,0	6.372	100,0	249	3,9

	31.12.2024		31.12.2023		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
P a s s i v a						
Eigenkapital	3.754	56,7	3.729	58,5	25	0,7
Lang- und mittelfristige Fremdmittel						
Pensionsrückstellungen	2.701	40,8	2.432	38,2	269	11,1
Langfristige Rückstellungen	5	0,1	5	0,1	0	0,0
	2.706	40,9	2.437	38,2	269	11,0
Kurzfristige Fremdmittel						
Kurzfristige Rückstellungen	27	0,4	35	0,5	-8	-22,9
Erhaltene Anzahlungen	10	0,2	84	1,3	-74	-88,1
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	13	0,2	18	0,3	-5	-27,8
Übrige Verbindlichkeiten (inkl. PRAP)	111	1,7	69	1,1	42	60,9
	161	2,4	206	3,2	-45	-21,8
	6.621	100,0	6.372	100,0	249	3,9

Die Finanzanlagen enthalten im Berichtsjahr Anteile an verbundenen Unternehmen, die folgendes Unternehmen betreffen:

	Anteil am Gesellschaftskapital		Buchwert
	€	%	€
AZD Alternative Zustelldienste GmbH, Berlin	52.000,00	100	1,00
			1,00

Angesichts der anhaltenden bilanziellen Überschuldung der AZD wurden die vom Bundesverband gehaltenen Anteile bis auf einen Restbuchwert von € 1,00 abgewertet. Diesbezüglich verweisen wir auch auf unsere Erläuterungen in Abschnitt C.II.

Neben den Anteilen an verbundenen Unternehmen beinhalten die Finanzanlagen Unternehmensanleihen - ausschließlich mit fester Verzinsung über die jeweilige Laufzeit.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens stellen sich wie folgt dar:

	WPKN	Habenzins % p. a.	Fälligkeit	Buchwert 31.12.2024
Landesbank Hessen-Thüringen	HLB33H	0,210	17.07.2025	400
Volkswagen Leasing GmbH	A2GSFT	1,625	15.08.2025	150
Commerzbank AG	CZ45VC	0,500	04.12.2026	350
Volkswagen Financial Services AG	A2LQ6R	0,125	12.02.2027	298
Mercedes-Benz Group AG	A2YNZX	0,750	08.02.2030	100
Landesbank Hessen-Thüringen	HLB200	0,350	06.04.2029	250
Landesbank Hessen-Thüringen	HLB20Z	0,550	01.04.2031	250
Landesbank Hessen-Thüringen	HLB28Y	0,500	24.11.2032	200
Citigroup Global Markets Funding	KE3CZY	1,000	30.09.2036	100
Landesbank Baden-Württemberg	LB13V4	0,330	05.03.2030	250
Landesbank Baden-Württemberg	LB13WJ	0,230	18.04.2028	100
Landesbank Baden-Württemberg	LB2BJR	0,520	29.11.2029	200
Norddeutsche Landesbank	NLB3PE	0,200	09.02.2027	250
Bayerische Landesbank	BLB9QW	0,270	21.01.2026	500
Bayerische Landesbank	BLB9T8	3,100	28.04.2025	200
DZ Bank	DJ9AA7	3,350	03.12.2027	174
				3.772

Die **Flüssigen Mittel** betreffen die Guthaben bei folgendem Kreditinstitut:

	Konto-Nr.	Habenzins % p. a.	Fälligkeit	Stand 31.12.2024
				T€
Commerzbank AG				
Kontokorrent	301575700	0,000	täglich	4
Kontokorrent	309090900	0,000	täglich	243
Termingeld	309090901	2,349	27.01.2025	400
Termingeld	309090903	2,409	27.02.2025	1.000
Termingeld	309090904	2,143	03.11.2025	500
Termingeld	301575701	2,563	03.02.2025	50
Termingeld	301575702	2,408	27.02.2025	48
				2.245

Unter den **Lang- und mittelfristigen Fremdmitteln** sind die Pensionsrückstellungen für die berechtigten aktiven und ehemaligen Mitarbeiter des Bundesverbands sowie Rückstellungen für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen ausgewiesen.

Der Bewertung der **Pensionsrückstellungen** zum 31. Dezember 2024 lag das versicherungsmathematische Gutachten der Otto Group vom 30. Dezember 2024 zugrunde. Die Bewertung erfolgte unter Zugrundelegung des „modifizierten Teilwertverfahrens nach Engbroks 1989“ und der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Die Ermittlung erfolgte auf der Basis eines Rechnungszinses von 1,90 % p. a. sowie eines Rententrends von 2,0 % p. a.

Die **Kurzfristigen Rückstellungen** haben sich wie folgt entwickelt:

	Stand 1.1.2024	Inanspruch- nahme	Zuführung	Stand 31.12.2024
	T€	T€	T€	T€
Steuerrückstellungen	13	-12	2	3
Jahresabschlusserstellung	12	-12	12	12
Prüfungskosten	10	-10	11	11
Ausstehende Rechnungen	0	0	1	1
	35	-34	26	27

Die **Übrigen Verbindlichkeiten** betreffen im Wesentlichen Gehaltsansprüche von Mitarbeitern (T€ 105).

II. Finanzlage

Die Finanzlage wird nachfolgend anhand einer Kapitalflussrechnung analysiert:

		2024 T€	2023 T€
1.	Periodenergebnis	25	304
2.	+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens (inkl. Finanzanlagen)	75	75
3.	+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	249	-10
4.	-/+ Übrige zahlungsunwirksame Erträge/Aufwendungen	-15	32
5.	-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Mitgliedsbeiträgen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-191	196
6.	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-37	-378
7.	-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-6	1
8.	+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	-52	-5
9.	- Erträge aus außerordentlichen Posten (Rückzahlung Darlehen AZD)	-44	0
10.	+/- Ertragsteueraufwand/-ertrag	4	2
11.	- Ertragsteuerzahlungen	-23	68
12.	= Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-15	285
13.	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-1	-81
14.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-5	-1
15.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	550	650
16.	+ Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	1.480	0
17.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	-374
18.	- Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	-500	-1.030
19.	+ Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (Rückzahlung Darlehen)	44	0
20.	+ Erhaltene Zinsen	62	43
21.	= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	1.630	-793
22.	- Gezahlte Zinsen	0	-7
23.	= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0	-7
24.	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	1.615	-515
25.	+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	130	645
26.	= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	1.745	130

Der Finanzmittelfonds umfasst die bei der Commerzbank AG geführten Kontokorrentkonten und die Termingelder mit Fälligkeit bis drei Monate nach Bilanzstichtag; die Termingelder mit längerer Laufzeit in Höhe von T€ 500 (Vorjahr: T€ 1.480) sind im vorgenannten Finanzmittelfonds in Höhe von T€ 1.745 (Vorjahr: T€ 130) nicht berücksichtigt.

III. Ertragslage

Eine Gegenüberstellung der zusammengefassten Gewinn- und Verlustrechnungen für die letzten beiden Geschäftsjahre zeigt folgende Struktur und Veränderung der Ertragslage:

	2 0 2 4		2 0 2 3		Ergebnis- auswirkung
	T€	%	T€	%	T€
Mitgliederbeiträge	1.496	70,9	1.653	72,6	-157
Umsatzerlöse	497	23,6	744	32,7	-247
Bestandsveränderungen	101	4,8	-138	-6,1	239
Andere betriebliche Erträge	16	0,8	17	0,7	-1
Gesamtleistung	2.110	100,0	2.276	100,0	-166
Personalaufwand	-1.297	-61,5	-1.030	-45,3	-267
Abschreibungen	-75	-3,6	-61	-2,7	-14
Andere betriebliche Aufwendungen	-826	-39,1	-843	-37,0	17
Betriebsaufwendungen	-2.198	-104,2	-1.934	-85,0	-264
Betriebsergebnis	-88	-4,2	342	15,0	-430
Finanzergebnis	102	4,8	-4	-0,2	106
Neutrales Ergebnis	15	0,7	-32	-1,4	47
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4	-0,2	-2	-0,1	-2
Jahresüberschuss	25	1,2	304	13,4	-279

Die **Umsatzerlöse** beinhalten insbesondere die Beiträge von Preferred Business Partnern von T€ 299 (Vorjahr: T€ 296) sowie sonstige Werbeeinnahmen von T€ 113 (Vorjahr: T€ 390).

Die **Bestandsveränderungen** betreffen Aufwendungen für Studien im Auftrag von Mitgliedsunternehmen, die zum jeweiligen Bilanzstichtag noch nicht abgeschlossen waren und als Unfertige Leistungen unter den Vorräten abgegrenzt wurden.

Andere betriebliche Aufwendungen

Die Entwicklung der Anderen betrieblichen Aufwendungen stellt sich wie folgt dar:

	2024	2023	Ver- änderung
	T€	T€	T€
Beiträge an andere Organisationen	163	130	33
Allgemeine Verwaltungskosten	25	10	15
Kosten für Gutachten und Publikationen	300	383	-83
Kosten für Reisen und Veranstaltungen	41	36	5
Repräsentations- und Informationskosten	73	78	-5
Kosten für Geschäftsräume	89	85	4
Reparaturen und Instandhaltungen	72	46	26
Kosten des Rechnungswesens	27	29	-2
Übrige Aufwendungen	36	46	-10
	826	843	-17

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis setzt sich folgendermaßen zusammen:

	2024	2023
Teilrückzahlung wertberichtigtes Darlehen AZD	44	0
Kursgewinne Verkauf von Wertpapieren	6	1
Abschreibungen auf Wertpapiere	0	-14
Zinsen aus Festgeldern und verzinslichen Wertpapieren	74	54
Kursverluste Verkauf von Wertpapieren	0	-3
Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen	-22	-42
	102	-4

Neutrales Ergebnis

Das Neutrale Ergebnis stellt sich wie folgt dar:

	2024	2023
	T€	T€
Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen	31	14
Forderungsverluste Mitgliederbeiträge	-6	-14
Wertberichtigungen	<u>-10</u>	<u>-32</u>
	<u>15</u>	<u>-32</u>

G. SCHLUSSBEMERKUNG

Bei Veröffentlichung oder Weitergabe der Jahresrechnung des Bundesverband für E-Commerce und Versandhandel Deutschland e.V. (bevh), Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 in einer von der als Anlage zu diesem Bericht beigegebenen, bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird hingewiesen.

Berlin, 8. April 2025

Forvis Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft



Ralf Bierent
Wirtschaftsprüfer



Jacqueline Kotynski
Wirtschaftsprüfer

ANLAGEN

Bundesverband E-Commerce und Versandhandel Deutschland e.V. (bevh), Berlin

Amtsgericht Berlin (Charlottenburg), VR 30245

B I L A N Z zum 31. Dezember 2024

A K T I V A				Vorjahr	P A S S I V A				Vorjahr
	€	€	€	T€		€	€	T€	
A. Anlagevermögen					A. Eigenkapital				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					I. Verbandsreserve	2.759.097,64		2.455	
Entgeltlich erworbene Konzessionen,					II. Zweckgebundene Rücklage	970.000,00		970	
gewerbliche Schutzrechte und ähnliche					III. Jahresüberschuss	24.621,34		304	
Rechte und Werte sowie Lizenzen an							3.753.718,98	(3.729)	
solchen Rechten und Werten		80.049,00		143					
II. Sachanlagen					B. Rückstellungen				
Andere Anlagen, Betriebs- und					1. Rückstellungen für Pensionen			2.432	
Geschäftsausstattung		38.307,00		45	und ähnliche Verpflichtungen	2.700.585,00		13	
III. Finanzanlagen					2. Steuerrückstellungen	2.850,52		28	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1,00			0	3. Sonstige Rückstellungen	29.547,87		(2.473)	
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	3.772.050,00			4.316			2.732.983,39		
		3.772.051,00		(4.316)	C. Verbindlichkeiten				
			3.890.407,00	(4.504)	1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	10.000,00		83	
B. Umlaufvermögen					- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem				
I. Vorräte					Jahr: € 10.000,00 (Vorjahr: T€ 83)				
Unfertige Leistungen		146.421,73		46	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen			18	
II. Forderungen und sonstige					und Leistungen	12.661,50			
Vermögensgegenstände					- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem				
1. Forderungen aus Lieferungen					Jahr: € 12.661,50 (Vorjahr: T€ 18)				
und Leistungen	216.663,60			76	3. Sonstige Verbindlichkeiten	110.597,97		68	
2. Sonstige Vermögensgegenstände	121.072,35			119	davon		133.259,47	(169)	
		337.735,95		(195)	- mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:				
III. Guthaben bei Kreditinstituten		2.244.679,04		1.610	€ 110.597,97 (Vorjahr: T€ 68)				
			2.728.836,72	(1.851)	- im Rahmen der sozialen Sicherheit:				
C. Rechnungsabgrenzungsposten			1.705,62	17	€ 8.240,63 (Vorjahr: T€ 0)				
					D. Rechnungsabgrenzungsposten		987,50	1	
			6.620.949,34	6.372			6.620.949,34	6.372	

Bundesverband E-Commerce und Versandhandel Deutschland e.V. (bev), Berlin

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG für 2024

	€	€	Vorjahr T€
1. Mitgliederbeiträge		1.489.472,44	1.639
2. Umsatzerlöse		497.390,70	744
3. Erhöhung/Verminderung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen		100.421,73	-138
4. Sonstige betriebliche Erträge		97.367,53	32
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-859.571,48		-822
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	<u>-437.171,33</u>		-208
- davon für Altersversorgung: € 310.358,80 (Vorjahr: T€ 64)		-1.296.742,81	(-1.030)
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-74.809,80	-61
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-835.716,05	-878
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		73.807,13	54
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen		0,00	-14
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-22.192,63	-42
- davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen: € 22.166,00 (Vorjahr: T€ 42)			
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>-4.376,90</u>	<u>-2</u>
12. <u>Ergebnis nach Steuern/ Jahresüberschuss</u>		<u>24.621,34</u>	<u>304</u>

Berlin, 26. März 2025

Hauptgeschäftsführung

Christoph Wenk-Fischer



Bundesverband E-Commerce und Versandhandel Deutschland e.V. (bevh), Berlin

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2024
(Anlagenspiegel)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	1.1.2024	Zugänge	Abgänge	31.12.2024	1.1.2024	Zugänge	Abgänge	31.12.2024	31.12.2024	31.12.2023
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>										
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	262.970,74	1.010,00	-400,00	263.580,74	120.410,74	63.520,00	-399,00	183.531,74	80.049,00	142.560,00
II. <u>Sachanlagen</u>										
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	78.477,95	5.042,80	0,00	83.520,75	33.923,95	11.289,80	0,00	45.213,75	38.307,00	44.554,00
III. <u>Finanzanlagen</u>										
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	26.435,91	0,00	0,00	26.435,91	26.434,91	0,00	0,00	26.434,91	1,00	1,00
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	4.330.910,00	0,00	-544.420,00	3.786.490,00	14.440,00	0,00	0,00	14.440,00	3.772.050,00	4.316.470,00
	4.357.345,91	0,00	-544.420,00	3.812.925,91	40.874,91	0,00	0,00	40.874,91	3.772.051,00	4.316.471,00
	4.698.794,60	6.052,80	-544.820,00	4.160.027,40	195.209,60	74.809,80	-399,00	269.620,40	3.890.407,00	4.503.585,00

Rechtliche, steuerliche und wirtschaftliche Verhältnisse

1. Rechtliche Verhältnisse

Name, Sitz

Bundesverband E-Commerce und Versandhandel Deutschland e.V. (bevh), Berlin

Ort der Geschäftsleitung

Friedrichstraße 60, 10117 Berlin

Vereinsregister

Der Bundesverband wird beim Amtsgericht Berlin (Charlottenburg) unter VR 30245 geführt.

Ein Auszug vom 7.3.2025 mit letzter Eintragung vom 25.7.2024 hat uns vorgelegen.

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Satzung

Die Satzung vom 25.5.1947 wurde zuletzt durch den Beschluss der Mitgliederversammlung vom 2.6.2022 hinsichtlich § 8b (Mitgliederversammlung mit Online-Teilnahme) geändert.

Verbandszweck

ist gemäß § 2 der Satzung:

„Der Verband hat die Aufgabe, die gemeinsamen ideellen, rechtlichen, wirtschaftlichen, arbeitsmarkt- sowie sozialpolitischen Interessen seiner Mitglieder, auch in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber, national und international zu wahren und zu fördern. Er dient auch der Förderung gewerblicher Interessen im Sinne des § 8 Abs. 3 Ziffer 2 UWG. Die Wahrnehmung der Interessen erfolgt nach außen durch u. a. sachverständige Mitwirkung bei der Gesetz- und sonstigen Normsetzung in Deutschland und in der Europäischen Union, durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit mit Dritten und anderen Verbänden. Dies wird ergänzt durch die internen Verbandsarbeiten wie ständige Information der Mitglieder, Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern und Beratung der Mitglieder auf den verschiedensten Gebieten.“

Organe des Bundesverbands

Organe des Bundesverbands sind gemäß § 7 der Satzung:

- die Mitgliederversammlung
- der Vorstand
- die Geschäftsführung

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung findet mindestens einmal im Abstand von zwei Jahren statt. Gemäß § 8 der Satzung obliegen ihr folgende Aufgaben:

- Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstands,
- Entscheidung über den allgemeinen Rahmen für die Bemessung der Beiträge,
- Entlastung von Vorstand und Geschäftsführung,
- Entscheidung über Änderungen der Satzung und
- Entscheidung über die Auflösung des Verbands und die Verfügung über das nach Abzug aller Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen des Verbands.

Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen und mindestens ein Drittel der Mitglieder anwesend oder vertreten ist. Wird diese Beteiligung nicht erreicht, kann sich die Mitgliederversammlung für beschlussfähig erklären, falls nicht mindestens ein Drittel der anwesenden oder vertretenen Mitglieder hiergegen widerspricht; andere als die in der Tagesordnung vorgesehenen Beschlüsse können in diesem Fall nicht gefasst werden.

Die Beschlüsse werden grundsätzlich mit einfacher Stimmenmehrheit der Anwesenden gefasst. Stimmgleichheit gilt entsprechend § 8 (6) der Satzung als Antragsablehnung. Eine Änderung der Satzung kann die Mitgliederversammlung nur beschließen, wenn diese in der Tagesordnung angekündigt war und mindestens zwei Drittel der anwesenden oder vertretenen Mitglieder zustimmen. Für die Auflösung des Bundesverbands gilt zusätzlich, dass mindestens zwei Drittel der Mitglieder anwesend oder vertreten sein müssen.

Gemäß § 8a der Satzung kann eine Mitgliederversammlung auf Beschluss des Vorstands auch in virtueller Form als Online-Mitgliederversammlung durchgeführt werden. Entscheidungen über die Auflösung des Verbands und die Verfügung über das nach Abzug aller Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen des Verbands können in einer Online-Mitgliederversammlung nicht getroffen werden.

Vorstand

Der Vorstand des Bundesverbands besteht aus dem Vorsitzenden, fünf Stellvertretern, darunter der Sprecher der bevh-Fachgemeinschaft „buch.netz“, und aus mindestens fünf, höchstens vierzehn weiteren Vorstandsmitgliedern. Er setzt sich ausschließlich aus Personen zusammen, die in der Mitgliederversammlung stimmberechtigt sind und in einem Mitgliedsunternehmen dem Vorstand oder der Geschäftsführung angehören. Dem Vorstand dürfen nicht mehr als zwei Mitglieder desselben Konzerns angehören.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

- Herr Gero Furchheim (Präsident)
- Herr Dieter Junghans (stellvertretender Vorsitzender)
- Herr Frederick Palm (stellvertretender Vorsitzender, Sprecher buch.netz)
- Herr Dr. Marcus Ackermann (stellvertretender Vorsitzender)
- Herr Ulrich Betzold
- Herr Mathias Bork
- Herr Tilo Degenhardt
- Herr Dr. Malte Dous
- Herr Joachim Fauth
- Frau Dr. Juliane Kronen
- Herr Dr. Christian Maas
- Herr Erwin Müller jun. (bis 25.4.2024)
- Herr René Otto
- Herr Ulrich Pfetzing
- Frau Sandra Rehm
- Frau Meike Rotermund
- Herr Jan-Dieter Schaap
- Herr Lars Schade
- Herr Markus Schöberl
- Herr Robert Siebel
- Herr Ernst Trapp
- Herr Andreas von der Heydt
- Herr Jens Wasel
- Frau Maria Zesch (bis 8.7.2024)
- Herr Felix Albrecht (seit 13.11.2024)
- Herr Dr. Jan Fischer (seit 7.11.2023)
- Herr Till Blässinger (seit 7.11.2023)
- Frau Maria Farruggio-Eiselt (seit 13.11.2024).

Der Vorstand leitet den Bundesverband. Er bestimmt die für die Geschäftsführung verbindlichen Richtlinien der Verbandspolitik. Zu den Aufgaben des Vorstands gehören insbesondere:

- Beratung und Beschlussfassung in allen aktuellen Fragen, die für die Mitglieder von gemeinsamem Interesse sind, soweit hierfür nicht die Mitgliederversammlung gemäß § 8 (1) der Satzung zuständig ist,
- Verabschiedung des Jahresbudgets und der Jahresrechnung,
- Erstattung des Tätigkeits- und Finanzberichts an die Mitgliederversammlung,
- Vorbereitung der Beratungsgegenstände für die Mitgliederversammlung,
- Bemessung der Beiträge gemäß dem von der Mitgliederversammlung gesetzten allgemeinen Rahmen,
- Einstellung und Entlassung des Hauptgeschäftsführers und seines Stellvertreters und
- Berufung des Rechnungsprüfers.

Der bevh wird gerichtlich und außergerichtlich durch jedes Vorstandsmitglied allein vertreten.

Der Vorsitzende des Vorstands (Präsident) und seine Stellvertreter bilden das Präsidium. Das Präsidium bereitet die Beschlüsse des Vorstands vor und überwacht deren Ausführung durch den Hauptgeschäftsführer.

Geschäftsführung

Der Geschäftsführung obliegt die Führung der Geschäfte des Bundesverbands. Sie nimmt die Aufgaben wahr, die sich aus dem Zweck des Bundesverbands ergeben. Die Geschäftsführung ist an die Satzung, die Beschlüsse der Mitgliederversammlung und an die Weisungen und Beschlüsse des Vorstands gebunden. Der Hauptgeschäftsführer und – soweit bestellt – sein Stellvertreter sind hinsichtlich der ihnen obliegenden Aufgaben besondere Vertreter des Bundesverbands im Sinne des § 30 BGB.

Die Geschäftsordnung verpflichtet die Geschäftsführung im Verhältnis zum Vorstand, zum Präsidium oder zur Mitgliederversammlung für die Durchführung von über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb hinausgehenden oder für den Verbandszweck nicht erforderlichen Geschäften und Maßnahmen vorab deren Zustimmung einzuholen. Die Zustimmungspflicht gilt nicht, wenn die betreffenden Geschäfte oder Maßnahmen in einer von Vorstand oder Präsidium oder Mitgliederversammlung zuvor festgestellten Verbands- oder Unternehmensplanung für den betreffenden Zeitraum vorgesehen sind, sofern der veranschlagte Posten nicht oder nur geringfügig überschritten wird. Die Zu-

stimmung kann für den Einzelfall oder auch für einen bestimmten Zeitraum bzw. bestimmte Geschäfte im Allgemeinen erteilt werden; in diesem Fall kann sie jederzeit widerrufen werden.

Im Berichtsjahr waren Herr Christoph Wenk-Fischer und Herr Martin Groß-Albenhausen (stellvertretender Hauptgeschäftsführer) zur Geschäftsführung bestellt.

2. Steuerliche Verhältnisse

Der bevh ist gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 5 KStG steuerbefreit. Mit Anlage zum Körperschaftsteuerbescheid für 2022 vom 6.2.2025 wurde die Steuerbefreiung mit Gültigkeit bis zum 31.12.2025 festgestellt. Die Steuerbefreiung gilt nicht, soweit der Bundesverband wirtschaftliche Geschäftsbetriebe unterhält oder inländische Einkünfte, die dem Steuerabzug unterliegen, erzielt.

3. Wirtschaftliche Verhältnisse

Entwicklung des Mitgliederbestands

Per 31.12.2024 hatte der bevh 545 Mitglieder (Vorjahr: 569). Davon gehörten 65 Mitglieder der Fachgemeinschaft „buch.netz“ an (Vorjahr: 70).

Die Beiträge von Unternehmen, die der bevh im Rahmen eines Leistungsaustausches vereinnahmt, werden als Umsatzerlöse und nicht als Mitgliedsbeiträge ausgewiesen und steuerlich dem steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb zugeordnet. Zum 31.12.2024 hatte der bevh 96 Preferred Business Partner (Vorjahr: 99) sowie 24 Fördermitglieder (Vorjahr: 21).

Mitgliedschaften

Die Möglichkeit der ordentlichen Mitgliedschaft besteht für alle Unternehmen, die im Inland Online- oder Versandhandel betreiben, indem sie gewerbsmäßig Waren- und Dienstleistungen versenden, die aufgrund eines medialen Angebots bestellt worden sind.

Beiträge

Von den ordentlichen Mitgliedern werden Beiträge in Abhängigkeit von der Höhe des jeweiligen Inlandsversandhandelsumsatzes einschließlich Umsatzsteuer erhoben.

Beteiligungen

AZD Alternative Zustelldienste GmbH, Berlin

Der Bundesverband ist Alleingesellschafter der AZD Alternative Zustelldienste GmbH (AZD).

Gegenstand des Unternehmens ist der Aufbau sowie die Durchführung einer postalternativen Beförderung und Zustellung von Info-, Werbe- und sonstigen Sendungen.

Geschäftsführer der AZD sind:

- Herr Markus Erling, alleinvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit,
- Herr Mathias Leibinger (seit 22.01.2025), vertretungsberechtigt gemeinsam mit einem weiteren Geschäftsführer und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Zum Prüfungszeitpunkt lag der Jahresabschluss zum 31.12.2023 vor. Dieser zeigt ein negatives Eigenkapital in Höhe von T€ 118 (Vorjahr: T€ 290). Im Jahr 2023 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von T€ 172 (Vorjahr: T€ 190) ausgewiesen.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden bilanziellen Überschuldung der Gesellschaft erfolgte in Vorjahren eine Abwertung der vom Bundesverband gehaltenen Anteile an der AZD um T€ 52 auf einen Erinnerungswert in Höhe von € 1,00.

Gegen die AZD bestehen seitens des bevh Darlehensforderungen in Höhe von T€ 1.035. In Bezug auf das gesamte Darlehen hat der bevh einen Rangrücktritt erklärt. Die Forderung gegen die AZD wurde bereits in Vorjahren vollumfänglich wertberichtigt. Im Berichtsjahr hat die AZD an den bevh eine Teilrückzahlung des wertberichtigten Darlehens in Höhe von T€ 44 geleistet.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

- (1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.
- (2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

- (1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.
- (2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.
- (3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.
- (2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

- (1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.
- (2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

- (1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.
- (2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

- (1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.
- (2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.
- (3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

- (1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.
- (2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

- (1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.
- (2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
- Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.